

„Schummel-Griechen machen mit ihrem Schuldendrama unseren Euro kaputt!“ (Bild):

Ein Lehrstück über europäischen Nationalismus von oben und von unten

Der Euro-Nationalismus der Regierenden

Im Frühjahr 2010 bekommt nicht nur, aber allen voran Griechenland Schwierigkeiten, für seine Staatspapiere auf den internationalen Finanzmärkten das Interesse von Investoren zu wecken. Aus deren Sicht taugen die dortigen Wachstumsaussichten nicht mehr dafür, den Vermögenswert der Staatsanleihen zu garantieren. Misstrauisch geworden fallen sie mit ihren Anlageentscheidungen das Urteil: Griechenland hat zu viele Staatsschulden und zu wenig Geschäftswachstum.

Unter diesem ungesunden Verhältnis leidet wiederum nicht nur Griechenland. Mutmaßungen über die Ursachen werden laut und es mehren sich die Stimmen, die die Konkurrenzniegelagen der unterlegenen Nationalökonomien Europas mit den „unfair“ und „unkooperativ“ erzielten Konkurrenzserfolgen Deutschlands in Zusammenhang bringen:

„Deutschland hat seine Lohnstückkosten und seine Arbeitskosten insgesamt seit gut zehn Jahren im Vergleich zu seinen Partnern gesenkt und sich dadurch auf den Exportmärkten Wettbewerbsvorteile verschafft.“ (SZ, 16.3.10) Darauf gibt der deutsche Finanzminister eine bemerkenswerte Antwort:

„Herr Schäuble ... wies die Kritik seiner europäischen Gegenspieler ... zurück, dass Deutschlands Exportmodell irgendwie für die Not der schwächeren Länder verantwortlich sei. ‚Ich möchte sehr klar, ruhig und besonnen die Kritik in Abrede stellen, dass die ziemlich erfolgreich im Wettbewerb sind, für die Probleme anderer verantwortlich zu machen sind.‘“ (Financial Times, 17.3.)

Ein offenes Wort! Dass die Finanznöte der Länder mit negativer Handelsbilanz etwas damit zu tun haben könnten, dass Deutschland sie mit seinen Exporten erfolgreich niederkonkurriert – völlig abwegig! Wer den Offensiven des Exportvizeweltmeisters nicht gewachsen ist, ist selber schuld!

Mit dieser Absage an irgendeine Art Rücksichtnahme stellt der deutsche Finanzminister klar, wie das europäische Einigungswerk gemeint ist, das in dem Ruf steht, mit ihm sei die Feindschaft der Staaten Europas endgültig überwunden: In Europa betreiben die Nationen einen harten „Wettbewerb“ um die exklusive Aneignung von Geldreichtum gegeneinander. Die Vergemeinschaftung ihrer Märkte und schließlich sogar ihrer Währung ist jedem einzelnen europäischen Mitgliedsstaat Mittel,

sich zu stärken. In der Krise bekennen sich die politischen Administratoren der „größten Volkswirtschaft in Europa“ dazu, dass sie sich auch durch „Probleme“ der Partnerländer von ihren Eroberungsfeldzügen auf ausländischen Märkten nicht bremsen lassen wollen. Und ganz nebenbei kommt in diesem Streit auch zur Sprache, worin das erfolgreiche deutsche „Modell“ besteht: radikale Lohnsenkung, „Lohnzurückhaltung der deutschen Gewerkschaften“ bei steigender Arbeitsleistung – das ist das Erfolgsmittel, das Deutschland zum Gewinner der Konkurrenz macht und seinen Euro-Reichtum mehrt.

Nach anderthalb Monaten weiten sich die „Probleme“, bei denen so hartnäckig darauf bestanden wird, dass es welche der Griechen sind, zur Zahlungsunfähigkeit des dortigen Staats aus. Nach anfänglicher Weigerung hält die deutsche Kanzlerin daraufhin Kredithilfen an Griechenland doch für nötig und erklärt das ihrem Volk:

„Wir helfen ja nicht nur Griechenland, sondern wir mussten helfen, weil die Stabilität unserer eigenen Währung, und das ist ja der Euro, bedroht war“, sagte sie am Nachmittag gegenüber dem RTL Nachtjournal. ‚Und ein sicherer Euro schützt die Menschen in Deutschland. Das heißt, wir tun es für die Menschen gerade auch hier in der Bundesrepublik Deutschland.‘ (Welt online, 3.5.10)

Weil der drohende griechische Staatsbankrott „unsere“ Währung zu beschädigen beginnt – zur Abwendung dieses Schadens ist Handeln geboten. Das ist europäische Solidarität in Krisenzeiten: „Wir“ kümmern uns nicht um die Schäden, die andere Nationen durch Deutschlands Konkurrenzserfolge haben, sondern um die, die sie „uns“ bereiten, und wickeln sie nach Kräften, getreu dem ‚Verursacher-Prinzip‘, auf deren Kosten ab. Und wenn es gar nicht anders geht, „helfen“ wir ihnen – dabei! Dafür wird dem griechischen Staat eine ‚Haushaltssanierung‘ aufgenötigt, die dem griechischen Volk ein radikales Verarmungsprogramm beschert. Nationaler Vorteil ist die alleinige Berechnung beim Projekt Europa: Das ist der Klartext zu den supranationalen Solidaritätssprüchen der Regierung. Und dem eigenen Volk wird versprochen, dass diese nationalen Konkurrenzrechnungen ihm nützen. Die „Menschen“ hier im Lande dürfen sich als Parteigänger ihrer Nation bei ihrer Kanzlerin bedanken, weil die jetzt für nötig gehaltenen Kreditgarantien an den griechischen Staat samt ▶S.3

GEGENSTANDPUNKT Vortrag & Diskussion

Finanzkrise Runde 2

Wenn Staaten ihren Kredit verlieren ...

... sieht das so aus, dass ganz Europa täglich neu darum bangt, dass Ungarn, Rumänien, Spanien, Italien und viele andere auf internationalen Kapitalmärkten Käufer für neue Staatsschuldentitel finden – und ob ihnen das zu bezahlbaren Zinsen gelingt. Denn wenn Staaten ihre Schulden nicht mehr vermarkten können, sind sie pleite und das Geld, das sie schöpfen, mit dem ihre Gesellschaften wirtschaften und das ihre Bürger besitzen, ist entwertet. Das droht heute nicht exotischen Dritt-Welt-Geldern, sondern etablierten Weltwährungen wie dem Euro, dem britischen Pfund; und ob der US-Dollar und der japanische Yen besser dastehen, ist auch noch die Frage. Auf einmal wird deutlich, dass der Kredit, den die Staaten als Schuldner bei internationalen Kapitalanlegern genießen, tatsächlich der Reichtum dieser Nationen ist und dass ihr Geld nur so viel wert ist wie ihre Schulden.

... dann ist etwas Grundsätzliches kaputt: eine der Säulen nämlich, auf denen der Kapitalismus seit dem 2. Weltkrieg gegründet war: die innige Gemeinschaft der großen westlichen Staaten mit dem Finanzkapital. Das gegenseitige Stützen und Bestätigen des privaten und des staatlichen Kredits schlägt um in gegenseitige Schädigung, wenn die Internationale der Geldkapitalisten im Interesse der Rettung der eigenen Vermögen den großen, bisher kapitalkräftigen Staaten Kredit verweigert und ihr Kapital aus deren Währungen abzieht. Der Anker des ganzen Geld- und Kreditsystems, und zugleich die größte Verrücktheit der gesamten Wirtschaftsordnung, sitzt nicht mehr felsenfest: Dass nämlich Schulden, wenn Staaten sie machen, Geld, und zwar sich vermehrendes Geld, Kapital, sind.

... dann haben wir alle über unsere Verhältnisse gelebt.

Es ist beeindruckend, wie direkt die Regierung von ihrem Problem zur Diagnose und zur Therapie findet. Ihr Problem ist, dass die Schulden der Euro-Staaten von den Gläubigern plötzlich nicht mehr als bombensichere Kapitalanlagen, sondern als zweifelhafte Schulden angesehen werden. Dass sie nun schlechte Schulden haben, erklären sich die EU-Regierungen damit, dass sie zu viele Schulden gemacht, also dem Staatshaushalt zu viele Ausgaben zugemutet haben. Und wenn sie ihren Haushalt nach nötigen und verzichtbaren Ausgaben sortieren, dann finden sie ganz schnell heraus, welche ihrer Ausgaben eigentlich „zu viel“ sind und wer von „uns“ so richtig über seine Verhältnisse gelebt hat: Es sind diejenigen am unteren Ende der sozialen Hierarchie, die schon immer unter den durchschnittlichen Verhältnissen haben leben müssen: Arbeitslose, Rentner und arme Familien.

Genau genommen stimmt an dieser Wirkungskette gar nichts. Aber darauf kommt es nicht an. Aufs Ganze gesehen enthält sie nämlich eine interessante Auskunft über die „Verhältnisse“, über die wir gelebt haben: Schlecht sollen die europäischen Staatsschulden sein, weil sie zu viele sind, zu viel für das Wachstum des Kapitals in Euro-Land und die daraus entstehenden Staatseinkünfte aus Steuern. Die reichen nicht aus, um den Gläubigern das nötige Vertrauen in die unerschütterliche Finanzkraft ihrer Schuldner einzuflößen; Vertrauen, das nötig wäre, damit sie ihnen das immer neue Schuldenmachen erlauben, an dem sie bestens verdienen. Das Wachstum des Kapitals, die Bereicherung der Klasse der Kapitaleigner, ist zu klein für die finanziellen Aktivitäten des Staates. Oder andersherum: Der Staat – mit seinen Ausgaben und dem Leben des Volkes, das daran hängt – ist zu teuer für die Geschäftswelt. Das Kapital definiert die „Verhältnisse“, an die „wir“ uns zu halten haben. Jetzt soll eine wachsende Armut der „Sozial Schwachen“ den Haushalt des Staates in Ordnung bringen und aus seinen schlechten Schulden wieder gute machen.

Auch das ist ökonomisch Blödsinn – und dennoch Prinzip dieses Systems.

24.6. Donnerstag, 20 Uhr
K4, Festsaal, Königstr. 93, Nbg.
www.gegenstandpunkt.com

Mitschnitte von GegenStandpunkt-Veranstaltungen aus den Themenbereichen Ausbildung & Einbildung, Kapital & Arbeit, Moral & Ideologie, Krieg & Frieden, Recht & Demokratie zum Download unter:

<http://doku.argudiss.de>

Die klassische Staatstheorie: Herrschaft muss sein als Dienst an den Beherrschten

Seit eh und je untersuchen Staatstheoretiker *nicht* die jeweils existenten Staaten, um herauszufinden wie diese funktionieren, welchen Zwecken sie dienen, wem sie also nützen und wem sie schaden. Denn dass da irgendwem geschadet wird, wenn herrschaftliche Gewalt ausgeübt wird, liegt irgendwie auf der Hand; es bräuchte diese Gewalt ja sonst nicht. Staatstheoretiker widmen sich vielmehr der interessanten Frage, welche Herrschaft als *legitim* anzusehen ist, welche Gewalt also grundsätzlich in Ordnung geht.

Die klassischen Staatswissenschaftler haben sich kritisch gegen die *theologische* Legitimation staatlicher Herrschaft gewandt. Die Begründung absolutistischen Regierens als von Gottes Gnaden installiert hielten ein T. Hobbes und J. Locke für – vernünftig betrachtet – nicht haltbar. Damit wollten sie sich aber nicht gegen das Regieren aussprechen, sondern die Prinzipien „vernünftiger“ Herrschaft festlegen, deren Notwendigkeit einzusehen sein sollte. Sie haben die Prinzipien des bürgerlichen Staates propagiert, noch ehe es ihn gab. Die Lebenslüge dieser Regierungsform, im Auftrag und letztlich zum Wohle sämtlicher Beherrschten da zu sein, hatte damals allerdings noch nicht den Charakter unhinterfragbarer Allgemeinbildung. Das veranlasste die damaligen Vertreter bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse zu dem Versuch zu begründen, warum der Mensch zu seinem Wohle eine Herrschaft über sich braucht, die ihn beschränkt.

Eine Menschennatur wurde vorgestellt gemacht, die einerseits aus einer Kombination von Selbstsucht und Selbsterhaltungstrieb heraus ihresgleichen ständig gewaltsam niedermacht, und andererseits das genau gegenteilige Bedürfnis nach gewaltloser Befriedung durch eine allgemeine Macht verspürt. Diese, obwohl aus den Reihen der selbstsüchtigen Gewalttäter rekrutiert, soll dann deren menschnatürliche Eigenschaft abgestreift haben und nur noch das ebenso menschnatürliche Bedürfnis nach allgemeinverbindlicher Unterordnung bedienen. Dieser Widerspruch ist die Grundlage, auf der die Demokratie als Herrschaft *durch* das Volk und *über* das Volk abgeleitet wurde, und die Basis für die staatstheoretische Debatte darüber, wie ein solcher Widerspruch am besten hinzuorganisieren sei.

„Politische Theorie“ heute: Hauptsache die Herrschaft funktioniert

Moderne Politologen haben es nicht mehr nötig, die Notwendigkeit von Herrschaft theoretisch nachzuweisen und die demokratische Herrschaftsform damit zu begründen. Wenn sie sich die Demokratie zum Gegenstand machen, können sie davon ausgehen, dass es sie gibt. Demokratie muss nicht mehr gefordert werden, man kann sie wissenschaftlich „beschreiben“.

„Man kann die politische Philosophie von der politischen Theorie durch die Annahme

Politologen „beschreiben“ die Demokratie:

Demokratische Herrschaft ist gut weil sie klappt

unterscheiden, dass erstere normative Kriterien für eine politische Ordnung vorgibt und damit Empfehlungen ausspricht, wie diese beschaffen sein soll, während letztere rein deskriptiv verfährt.“ (Becker, Michael 2003: Klassische und moderne politische Philosophie, in: Mols/Lauth/Wagner (Hrsg.), Politikwissenschaft: Eine Einführung S.175)

„Im Vordergrund stand nunmehr der Anspruch, intersubjektiv prüfbar Aussagen über die politische Realität zu gewinnen, also darüber, wie die politische Realität verfasst ist und warum sie so ist, nicht aber wie sie sein soll.“ (Thiery, Peter 2003: Moderne politikwissenschaftliche Theorie, in: Mols/Lauth/Wagner (Hrsg.), Politikwissenschaft: Eine Einführung S.211)

Witzigerweise beginnt die deskriptive Analyse mit folgender „*erkenntnisleitenden Grundfrage*“ (Thiery):

„Wie erreichen es politische Systeme, sich in einer Welt, die zugleich Stabilität und Wandel aufweist, zu behaupten?“ (Easton, David zit. nach Thiery, a. a. O. S. 217)

Wer so anfängt, der nähert sich seinem Forschungsgegenstand eben nicht „deskriptiv“, sondern erklärt die Parteilichkeit für ihn zum Ausgangspunkt seiner Forschung. Es ist nicht die Beschreibung einer Sache und schon gar nicht ihre Erklärung, wenn man von ihr – mit bewunderndem Unterton – feststellt, dass es sie gibt und zwar dauerhaft. Jeder Naturwissenschaftler würde sich lächerlich machen, wenn er die Beständigkeit seines Gegenstands als dessen erklärswerte Eigenschaft bezeichnen würde. Die Kenntnis von den gesetzmäßigen Bestimmungen einer Sache gibt Auskunft darüber, wie es sie gibt, und das ist um einiges mehr als die armselige Feststellung, dass sie irgendwie von Dauer sei. Politologen hingegen halten genau das für den entscheidenden Witz an ihrem Forschungsgegenstand. An politischer Herrschaft oder, fachmännisch ausgedrückt, am „politischen System“ thematisieren sie nicht dessen Bestimmungen und Zwecke, sondern den Umstand, dass und wie lange es funktioniert.

„Das politische System funktioniert bzw. überlebt so lange, wie es seine beiden Grundfunktionen erfüllen kann: zum einen also Entscheidungen zu treffen, zum andern für bindende (?) Akzeptanz zu sorgen.“ (Thiery, a.a.O.)

Eine Herrschaft funktioniert also dann, wenn sie Entscheidungen trifft, denen gehorcht wird, also eben so lange, wie sie Herrschaft ist. So „erklärt“ man klassisch eine Sache mit sich selber, erklärt sie also nicht, son-

dem affirmiert sie. Und wenn man das Herrschen zur Grundfunktion für eine Gesellschaft erklärt, die unbedingt erfüllt werden muss, dann affirmiert man diese Gesellschaft gleich mit. Ganz ohne Argument. Wer die „politische Realität“ so „beschreibt“, der braucht gar keine „normativen Kriterien“ an die Herrschaft anzulegen, weil seine ganze Betrachtungsweise positiv eingenommen ist von ihrem Funktionieren. Nicht weil sie gut ist, soll es eine Herrschaftsform geben (um diesen Nachweis bemühten sich die klassischen Staatstheoretiker), sondern gut an ihr ist, dass sie funktioniert, also durchregiert wird und die Regierten das hinnehmen.

Demokratie: legitim und stabil

Die politologischen Fachausdrücke für diese Pluspunkte einer Herrschaft heißen Stabilität und Legitimität. Mit ihnen geht der Politologe vergleichend auf die Welt los und wird bei der Demokratie in erfreulicher Weise fündig.

„Die Liste der Argumente, die für die Demokratie sprechen ist lang, und die Qualität der Argumente verdient Beachtung. Dass sie eine legitime Herrschaft ist, also anerkennungswürdig und anerkannt, spricht für sie. Und dass sie den Test der „politischen Produktivität“ ... so gut besteht, unterstreicht ihre tendenzielle Überlegenheit. Nicht zufällig gilt sie vielen Beobachtern als die beste Staatsform.“ (Schmidt, Manfred G. 2000: Demokratietheorien – Eine Einführung, S. 499)

Von wegen nicht „normativ“! Ziemlich umstandslos landet die „deskriptive“ *Verfahrensweise* der politischen Theorie bei ihrer zusammenfassenden Aussage über die „politische Realität“: ein schallendes Hoch auf die Demokratie als beste Staatsform. Und die „lange Liste“ der Argumente für das Hurra fasst sich zusammen in der Aussage, dass da regiert und pariert wird. Gar nicht versehentlich wird „anerkennungswürdig“ mit „anerkannt“ quasi synonym gesetzt. Mit dem Nachweis, dass es für die Beherrschten guten Gründe gebe, ihre Herrscher zu akzeptieren, weil die ihnen Gutes täten, hält sich die moderne Politologie nicht mehr lange auf. Dass die Verfahrensweise, die entscheidet, wer an die Macht kommt, Beleg dafür ist, dass in der Demokratie das Volk Souverän der Macht ist, das Regieren also im Einvernehmen mit den Regierten erfolgt, wird als selbstverständliche Voraussetzung allen Problematisierens unterstellt. Als Nachweis für die Legitimität demokratischer Herrschaft reicht jedoch der Verweis, dass das Volk seine Regierung gut findet.

Am Gedanken der Volkssouveränität schätzen Politologen seinen legitimatorischen Charakter. Sie bemerken aber auch, dass er im Widerspruch steht zur Souveränität der Regierung über das Volk. Und deren Parteigänger sind sie. Also warnen sie:

„Führt das Stimmvolk den Staat am kurzen Zügel, verurteilt es mitunter die Politik zur Hilflosigkeit, ... Ferner ist die große Integrations- und Befriedungskapazität der Direkt- und der Referendumsdemokratie ... mit meist langwieriger Willensbildung erkaufte worden, aber auch mit Anfälligkeit für populistische Politik.“ (Schmidt, a. a. O. S. 519)

Demokratische Politik, die tut, was das Volk will, kommt gar nicht zu dem, was sie eigentlich zu tun hat und was also keineswegs mit dem Wohlergehen des gesamten Volkes identisch ist. Es steht dazu ganz offensichtlich im Widerspruch, wenn es durch allzu viel Rücksichtnahme auf das Volk verhindert wird. Das ganze Gerede von der Akzeptanz, die die Legitimität demokratischen Herrschens begründet, ist so gemeint: Das Stimmvolk hat zu akzeptieren, was die Politik tut, gerade wenn und weil es nicht das ist, was es für sein Wohl hält. Dass demokratisches Volk einigen Grund für unfriedlichen Protest hat, wird zugestanden, spricht aber nicht gegen demokratische Herrschaft, sondern begründet einen Auftrag an sie. Sie hat sich nicht vom Stimmvolk abhängig zu machen, sondern dafür zu sorgen, dass es sich gefallen lässt, was seine Regierung ihm einbrockt. Wenn ihr das gelingt, ist sie legitim. Die Legitimität demokratischer Herrschaft, die die politische Theorie als ihren Pluspunkt festhält, ist also Mittel für das, worauf es ihr an der Demokratie als entscheidend ankommt: eine *stabile* Regierung zu gewährleisten.

Auf diese Reihenfolge kann ein Politologe gar nicht eindringlich genug hinweisen, vor allem angesichts der anstehenden „Herausforderungen“, die er ganz ohne wissenschaftliche Distanz der realen Politik nicht als deren zu beurteilende Absichten, sondern als Sachzwänge ablauscht:

„Die Staatsverschuldung und der politische Tumult, den eine Finanzpolitik, die auf den Abbau der Verschuldung setzt, regelmäßig hervorruft, sind lährende Exempel. Das nährt den Verdacht, dass die Fehlerkorrekturfähigkeit, der Demokratie, die Toqueville noch als einen besonderen Vorzug dieser Herrschaftsweise wertete, erheblich geringer als erwartet ist, nur unter bestimmten Bedingungen zustande kommt, und möglicherweise bestandskritische Werte unterschreiten kann. ...

Doch die Problemlast der Demokratie könnte sich zu einem gewichtigen Legitimationsdefizit wandeln. Das ist vor allem zu erwarten, wenn die Regierungsparteien oder die Opposition oder beide die Demokratiedefekte zur politischen Streitfrage erklären, und wenn zugleich keine kurzfristige Abhilfe des Mangels in Sicht wäre. Bleibt als Ausweg nur die Verbesserung der Fehlerkorrekturfähigkeit. Ob dies vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik möglich ist, wird sich in den nächsten Dekaden vor allem daran ablesen lassen, ob die Demokratien die hohen Staats-

schulden reduzieren und das von ihnen selbst geschürte Sozialausgabewachstum finanziell konsolidieren können.“ (Schmidt, a. a. O. S. 536 ff.)

Mit der Feststellung, dass das Wohl des Staates dem seiner Bürger entgegensteht, hat die „moderne“ politische Theorie kein Problem. Im Gegenteil! Dass einige Demokratien dem Umstand, dass Teile ihres Staatsvolks in der staatlich garantierten Wirtschaftsweise nicht überleben können, mit

der Zuteilung von ein paar Cent sozialstaatlicher Überlebenshilfe begegneten, kreidet ihnen die Politologie als dringend zu korrigierenden Fehler an. Und sie macht sich Sorgen. Nicht um das Überleben derer, die bisher und in zunehmendem Maß auf die zu streichenden Sozialleistungen angewiesen sind, sondern um die „Bestandfähigkeit“ der Demokratie, die diesen Übelstand im Interesse der Staatsfinanzen abzustellen hat. Wird die angesichts

der anstehenden „Herausforderungen“ die Akzeptanz ihres Stimmvolks verlieren („Legitimationsdefizit“!), oder wird sie, schlimmer noch, vor lauter Schielen auf dessen Unwillen bei der Fehlerkorrektur versagen?

„Auch diese Staatsform laboriert an beträchtlichen Mängeln. Und Überlastung durch alte und neue Herausforderungen ist nicht ausgeschlossen.“ (Schmidt, a. a. O. S. 539)

Als Einwand gegen die Demokra-

tie ist das nicht gemeint, sondern als Auftrag an sie: Sie hat die Staatsinteressen machtvoll gegen ihre Bürger durchzusetzen und gleichzeitig durch „Bildung und Schulung des Bürgers als Staatsbürger“ dafür zu sorgen, dass die ihre Beschränkung nicht nur als notwendig hinnehmen, sondern sie als Verwirklichung des „Allgemeinwohls“ begrüßen. Wenn das klappt, dann ist eine Demokratie „etabliert“ – und dann ist sie gut. ◀



GEGENSTANDSPUNKT
Politische Vierteljahreszeitschrift
ISSN 0941-5831 • 96 Seiten • € 15

Im Buchhandel erhältlich:

- Fürth: Edelmann, Fürther Freiheit 2A
- Erlangen: Ex Libris, Bismarckstr. 9
- Nürnberg: Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofplatz 8
- Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38
- Hugendubel, Ludwigsplatz 1

Der Wert

Brief an unsere Leser, die Marx'sche „Arbeitswertlehre“ und die Leistung des Finanzkapitals betreffend

**Übergriffe auf Minderjährige in kirchlichen und weltlichen Erziehungseinrichtungen
Ein privater Rechtsstandpunkt sucht sich seine Opfer – und wird zum Skandal**

- Das gesellschaftliche Mistbeet des Missbrauchs – Die bürgerliche Privatsphäre und die hohen Ansprüche an ihre Beiträge zu einem gelungenen Leben
- Das pädagogische Personal – Konkurrenz-erziehung, die den ganzen Menschen fordert
- Internatserziehung – pädagogisches Familienleben der besonderen Art
- Neue Sitten – oder: warum die Mauer des Schweigens heute ihren Dienst versagt

Ideologien über Konsum und Konsument

Die Veredelung des Kapitalismus zur „Wohlstandsgesellschaft“ und der Einsatz der „Konsumentenmacht“ gegen die „Überflusgesellschaft“ und ihre „Auswüchse“

Die Republik Südafrika

Von den ‚homelands‘ der Apartheid zur zivilen Parallelgesellschaft gleichberechtigter Schwarzer

▶ **EIN LEHRSTÜCK ...**

dem daran geknüpften Auftrag zu radikalen sozialen Einschnitten in Griechenland nur zu ihrem Besten sind.

Die Bild-Hetze – ein Fall von Völkerfreundschaft von unten

In den krisenmäßig zugespitzten Konkurrenzkampf der Nationen steigt die Bild-Zeitung auf ihre Weise ein:

„Machen die Schummel-Griechen mit ihrem Schuldendrama unseren Euro kaputt? Die Gemeinschafts-Währung verliert seit Wochen an Wert, und zugleich kommen täglich Sauereien aus Griechenland ans Licht.“ (Bild, 2.3.)

„Euro im Absturz: Griechen machen unser Brot teurer! ... Und den Aufschwung kaputt!“ (5.5.)

Der Bild-Kommentator knüpft an die Propaganda der Kanzlerin an und denkt sie gehässig zu Ende. Er deutet die Auseinandersetzung zwischen den Euro-Nationen um die Stabilisierung der europäischen Währung und die Berechnungen und Sorgen der deutschen Regierung bei der Sicherung der griechischen Staatsschulden umstandslos um in einen Gegensatz zweier nationaler Kollektive. Da wird nicht mehr zwischen oben und unten, zwischen den politischen Machern der Staaten, die um ihren nationalen Ertrag in der gemeinsamen Währung konkurrieren, und den Massen, die sie als die Manövriermasse dieser Konkurrenz einsetzen, unterschieden. Statt dessen setzt Bild die Sorgen, die ein deutscher Normalbürger mit seinem beschränkten Einkommen hat – dass etwa wegen drohender Preiserhöhungen das Geld immer weniger reicht – umstandslos gleich mit den nationalen Berechnungen und Sorgen, die die Regierenden bezüglich der Staatsfinanzen, des nationalen Geschäftswachstums und hin-

sichtlich der Stabilität des Geschäftsmittels äußern. Komplementär zum Bild einer Gemeinschaft deutscher Betroffener wirft die Bild-Zeitung auch die kläglichen Überlebenskünste, mit denen sich die griechischen Massen in ihrer europäischen Verlierernation durchschlagen, in einen Topf mit dem von den Regierungen der europäischen Machernationen beklagten Zustand der griechischen Staatsfinanzen und dem dafür haftbar gemachten fehlerhaften Haushaltsgebaren. Dass die Euro-Staaten in einem gemeinsamen Geld national rechnen und sich verschulden, das soll sich das Bild-Volk wie eine deutsche Subventionierung notorischer griechischer Verschwendungssucht zurechtlegen

So stellt sich die Bild-Welt so einfach wie einsinnig dar: Da sind auf der einen Seite „wir“, die Deutschen, die in Sorge um einen bedrohten gemeinsamen nationalen Besitzstand, „unsere Euro“, vereint sind. Da sind auf der anderen Seite „die Griechen“: Aus den griechischen Massen wird – im Verein mit ihrem Staat – ein Kollektiv mit zweifelhaftem Nationalcharakter: „der Schummel-Griechen“ eben, der dieses Geld nicht verdient hat und durch die Teilhabe am Euro dieses deutsche Gut schädigt. So gesehen gehen dann alle Nöte und Sorgen, die das Lohnarbeiterleben am Standort Deutschland bestimmen oder die sich Bild-Leser als Parteigänger des nationalen Erfolgs zu eigen machen sollen, auf das Konto des südlichen europäischen Armenhauses. Zum Beweis, dass die auf „unsere Kosten über ihre Verhältnisse“ leben, taugen dann Staatsschulden, Botschaftsgebäude, Beamtenpensionen ebenso gut wie die alles andere als üppigen Renten der griechischen Alten. Dafür zitiert Bild Volkes Stimme:

„Floristin XY: ‚Ich hab Angst um meine Rente, ich soll nur 400 Euro bekom-

men. Dafür habe ich 45 Jahre gearbeitet. Wir bezahlen den Griechen ihre Luxus-Renten und haben selber nicht genug. Eine Frechheit!“ (30.4.)

Die Diagnose vom parasitären Luxusleben, das sich das griechische Volk gemeinsam mit seinem Staat auf Kosten Deutschlands leistet, lässt sich auch durch das ärmliche Lebensniveau der griechischen Massen und die Tatsache, dass die griechische Regierung sich an dessen radikaler Senkung zu schaffen macht, um wieder finanzkapitalistisches Vertrauen zu stiften, nicht erschüttern. Das bestätigt nur, dass die sich die ganze Zeit zu viel geleistet haben, und berechtigt zum Misstrauen, ob „der Griechen“ überhaupt fähig ist zu „sparen“. So droht nicht nur der griechische Staat seinen Kredit zu verlieren; das Volk der Verlierernation in der europäischen Konkurrenz verliert in der Öffentlichkeit der Gewinnernation jeden ideellen Kredit.

Die Schlussfolgerung liegt für die Bild-Zeitung auf der Hand: Dieser Mannschaft steht das Geld, das unserem nationalen Kollektiv gehört, nicht zu:

„IHR GRIECHT NIX VON UNS!

Hier schreibt Bild an Griechenlands Pleite-Premier.

Lieber Herr Ministerpräsident, wenn Sie diese Zeilen lesen, haben Sie ein Land betreten, das ganz anders ist als das Ihre. Sie sind in Deutschland. Hier arbeiten die Menschen bis sie 67 Jahre alt sind ... Deutschland hat zwar auch hohe Schulden – aber wir können sie auch begleichen. Weil wir morgens ziemlich früh aufstehen und den ganzen Tag arbeiten. Weil wir von unserem Gehalt immer auch einen Teil für schlechte Zeiten sparen. Weil wir fitte Firmen haben, deren Produkte rund um den Globus gefragt sind. ...“ (10.3.)

Dass hierzulande die arbeitende Menschheit sich für bescheidenen

Chronik – kein Kommentar!

Nach fünf Jahren Hartz-IV: Neuer Reformbedarf auf dem Weg Deutschlands in das Ausbeutungsparadies „Billiglohnland“

Das neue deutsche Tagelöhnerturn – voll trendy!

Der Ausbildungsmarkt 2010: „Keiner darf rausfallen!“ – bei der Bildung einer differenzierten und profilierten Reservearmee

Ein Anschlag auf den ‚jüdischen Staat‘: Obama besteht auf Diplomatie mit Israels Feinden

„Schummel-Griechen machen mit ihrem Schuldendrama unseren Euro kaputt!“ (BILD): Ein Lehrstück über europäischen Nationalismus von oben und von unten

Diskussionsbeitrag zum Geld des Staates und zum Giralgeld der Banken: Lassen sich Geld und Geldersatz noch unterscheiden?

Lohn krummlegen muss, bis sie 67 Jahre alt ist – soweit sie denn überhaupt die Gelegenheit bekommt, für die Gewinnbilanzen hiesiger Unternehmen täglich antreten zu dürfen –, damit hat die Bild-Zeitung sicher recht. Alles, was man sich dazu denken und was daraus folgen soll, ist dagegen lächerlich und verlogen: Der deutsche Staat – wie übrigens jeder – macht hoheitlich Schulden, aber beglichen werden die bekanntlich nie, schon gleich nicht mit dem Fleiß und der Spardisziplin seiner Arbeitsbevölkerung; dass Finanzpolitiker, die Milliardenkreditprogramme für die Rettung deutscher Banken auflegen, rechnen sollen wie ein normaler Mensch mit seinen Arbeitspflichten und Sparnöten, ein einziger Witz – aber ein Witz mit nationalistischer Pointe: Die Kreditnöte des griechischen Staats beweisen so gesehen nämlich umgekehrt, dass es an den Arbeits- und Spartugenden des griechischen Volks mangelt. Die disparaten Gründe, die das Massenblatt für den Unterschied zwischen „uns“ und „den Griechen“ aufführt, sind in Wahrheit lauter Komplimente an eine deutsche Wirtschaft, die sich in der internationalen Konkurrenz durchsetzt, an einen deutschen Staat, der mit den Standorterfolgen seiner Kapitalisten auch seine Verschuldungsfreiheit stärkt; Komplimente, die umstandslos weitergereicht werden an das Volk, das sich unter dem Kommando dieser Wirtschaft und seiner staatlichen Verwalter als deren Manövriermasse nützlich macht und sich in den damit feststehenden Arbeitsgegebenheiten und Lebensnotwendigkeiten einrichtet. So wird die Bild-Leserschaft dazu angestachelt, ihre Dienste für das Kapitalwachstum im Land und die erzwungenen Einteilungskünste, die damit einhergehen, als freiwillig erbrachte Leistung hochzuhalten und Stolz auf

Ein Leistungsvergleich von BILD, SZ und FAZ in Sachen

Meinungsmache

Wie sich die freie Presse um die Pflege staatsbürgerlicher Gesinnungen verdient macht

Die BILD-Zeitung genießt bei Bildungsbürgern nach wie vor einen schlechten Ruf: Schon an den großen Buchstaben erkennen sie, dass es sich bei der auflagenstärksten Tageszeitung Deutschlands um keine seriöse Berichterstattung handeln könne. Mit dem Vorwurf, mit ihrer oberflächlichen Skandalisierung und einseitigen Zuspitzung von Ereignissen aus Politik, Sport, Kultur und dem Privatleben der Reichen und Schönen, aber auch ganz normaler Leute würde die BILD-Zeitung niedere Instinkte in ihrer Leserschaft wecken und sie zu einer dumpfen, unkritischen, politikverdrossenen Haltung verführen, ersparen sich die Kritiker allerdings ein Urteil über das, was die BILD-Zeitung für mittelenswert hält und womit sie ihre Leser unterhält. Denn mehr als das eigene Vorurteil, dass man diese Ereignisse differenzierter zu betrachten habe, enthält der Vorwurf an die Art der Berichterstattung der BILD-Zeitung der Sache nach nicht.

Die Warnung vor einer Manipulation durch die BILD-Zeitung ist darüber hinaus wenig haltbar. Mit dieser kann es nämlich nicht so weit her sein, wie die Warner das selbst belegen: Offensichtlich können sie sich den „Verführungskünsten“ der BILD-Zeitung entziehen und sich deren unters Volk gebrachten „Botschaften“ entziehen.

Nun ist gar nicht zu leugnen, dass die BILD-Zeitung die Meinung ihrer Leserschaft schon „bilden“ wird. Nur: *Damit* unterscheidet sie sich nicht von für seriös befundenen Tageszeitungen wie der Frankfurter Allgemeinen oder der Süddeutschen. Denn der freien Presse kommt nach allgemein anerkannter Ansicht in einer Demokratie ja eine Meinungsbildungsfunktion zu.

In unserer Diskussionsveranstaltung wollen wir anhand von Artikeln aus der BILD-Zeitung, FAZ und SZ analysieren, wie die Meinungsbildung der freien Presse funktioniert, welche Meinungen da gebildet werden und wo und wo nicht sich die BILD-Zeitung dabei von der FAZ und der SZ unterscheidet. Von unserer Homepage können die Artikelausschnitte heruntergeladen werden, die auf der Veranstaltung besprochen werden sollen.

25.6. Freitag, 18 Uhr c.t.
Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen
www.sozialistichgruppe.de

► EIN LEHRSTÜCK ...

ihre Tugendhaftigkeit als Arbeitsleute zu empfinden: Sie haben als muster-gültige Deutsche das Ihre dazu getan, Deutschland voranzubringen. Das gibt ihnen das Recht, das Griechenvolk als minderwertig zu verachten.

Alles, was Griechenland an Gutem vorzuweisen hat, so disparate Sachen wie Geld, Erfolg im Fußball oder Staatskredit – das alles haben sie „Deutschland“ und seiner Tüchtigkeit zu verdanken, das haben „wir“ ihnen geschenkt – als Freunde:

„... Lieber Herr Ministerpräsident, Sie sind heute in dem Land, das mit seinen Zigtausend Touristen jede Menge Geld nach Griechenland trägt. Das Ihnen mit Otto Rehhagel sogar den Trainer Ihrer Fußball-Europameister geschickt hat. Wir wollen Freunde der Griechen sein. Das ist der Grund, warum Deutschland seit dem EU-Beitritt netto um die 50 Milliarden Euro für Ihr Land gegeben hat. Aber eines muss auch klar sein: Zu guter Freundschaft gehört – dem anderen, wenn's nötig wird, mal so richtig die Wahrheit zu sagen.“ (10.3.)

Die bekundete Völkerfreundschaft berechtigt Bild und das deutsche Volk dann aber selbstverständlich vor allem zu einem: nämlich hemmungslos gegen das „Land

der Bankrotteure und Luxusrenten, Steuerhinterzieher und Abzocker“ (Bild, 25.4.) zu hetzen und den Griechen ‚in aller Freundschaft‘ vorzurechnen, dass es ihnen an allem fehlt, was das deutsche Volk auszeichnet – vor allem an der gebotenen Bescheidenheit. Die sind sie *uns* deswegen schuldig, weil wir ihre besten Freunde sind. So wird aus der Gegenwehr der griechischen Massen gegen die sozialen Einschnitte ein Anschlag auf ihre deutschen Gönner:

„Überall in Athen ist die Krise Top-Thema. Aber kürzen, streichen, Einschnitte in staatliche Leistungen? Die Griechen sagen: OCHI – ME MOY DEN. Nein, nicht mit mir!“ (25.4.) „Sparen? Wieso? Die streiken lieber!“ „Dreister geht's nicht!“ (27.4.) „Und beim Zeus, jetzt müsste doch eigentlich gespart werden ... Doch Griechenland ist weit davon entfernt. An allen Ecken und Enden verprassen die Griechen das Geld!“ (5.5.)

Wenn Bild berichtet, dass es auch anständige Griechen gibt, dann ist das Generalurteil endgültig fertig. Nein, Bild schert nicht alle Griechen über einen Kamm, aber als Volk sind sie insgesamt einfach unmöglich. Deshalb berechtigt, ja verpflichtet die Freundschaft, die Bild im Namen seiner deutschen Leser den Griechen versichert, die bisherigen deutschen Gönner auch

dazu, endlich Schluss zu machen mit deren Verschwendungswirtschaft und ihnen die Bescheidenheit aufzunötigen, die ihnen zusteht.

Von der Hetze gegen „die Griechen“ zur Forderung nach harter deutscher Führung in und über Europa

Angesichts der schließlich beschlossenen Kredithilfen platzt den Bild-Journalisten zum fünfzigsten Mal der Kragen: „110 Milliarden Euro! Pleite-Griechen kriegt den dicksten Scheck der Geschichte“. Ein Riesen-Scheck wird abgebildet, „an die Schuldenhallodris in Athen“. Ausgestellt haben ihn „wir Steuerzahler-Deppen“ (3.5.)

Das Volksblatt hält also eisern an der Logik fest, dass die staatlichen Kreditgarantien, mit denen das Vertrauen der Finanzwelt in den Euro gesichert und Staatsschuldtitel nicht zuletzt in den Depots deutscher Banken in Wert gehalten werden sollen, eine Alimentierung der Griechen seien, eine „Hilfe“, die schon wieder „wir“, das deutsche Volk, leisten müssen und die denen da unten schon wieder die Fortführung ihrer Misswirtschaft erlaubt: Da nutzen die, die nichts leisten, unterstützt von der deutschen Regierung, neuerlich nur den deutschen Bürger aus. Dafür bemüht Bild die Figur des Steuerzahlers: Der tritt – wie immer – in einer doppelt falschen Rolle als Kronzeuge auf: Einerseits als *Geldgeber*, der mit seinen Abgaben an den Staat auch das Anrecht eines ideellen *Auftraggebers* der Politik erworben haben soll und als solcher befugt ist, von seiner Obrigkeit ordentliches Regieren einzufordern. Andererseits als der *Depp*, der, weil er weder hinsichtlich der Abgaben an den Staat noch, was deren Verwendung angeht, irgendetwas zu bestimmen hat, gehässig Gerechtigkeit einfordert, dass nämlich auch und gerade alle anderen ihrer Bürgerpflicht Genüge tun und vom Staat gefälligst in die Pflicht genommen werden sollen. Als solcher steuerzahlende Untertan, der seinen Steuerobolus zu entrichten und sich mit den Umständen abzufinden hat, die ihm von oben diktiert werden, verlangt er von seinen demokratischen Herren, dass sie als streng rechnende Treuhänder des eingesammelten Vermögens derer unterwegs sind, die sie schröpfen. Die Regierung bekommt auf diese Weise das Gütesiegel, zum Schutz der Interessen der kleinen steuerzahlenden Leute berufen zu sein, indem sie mit ihren Staatsfinanzen ordentlich, d.h. haushälterisch umgeht – schon gleich nach außen, gegenüber anderen Nationen und deren Insassen. All das wird mit dem Hinweis auf den deutschen Steuerzahler evoziert, um daran die Merkel-Regierung mit ihren Kreditgarantien für Griechenland gründlich bloßzustellen: Die wirtschaftet verantwortungslos mit dem Geld, das nach dieser demokratischen Sichtweise der steuerzahlende Bürger ihr überantwortet hat, so verantwortungslos und leichtsinnig, wie es kein Politiker als ordentlich kalkulierender Privatmann mit seinem eigenen Geld machen würde:

„Liebe Politiker, würden Sie mit Ihrem Privatvermögen für die Griechen-Milliarden bürgen?“
Lieber Leser, schicken Sie Ihrem Abgeordneten einen Brief. Die Milliarden-

Hilfe für das klamme Griechenland kommt in Fahrt! Deutschland bürgt für bis zu 22,4 Milliarden Euro für Athen allein bis 2012 – mit dem Geld der Steuerzahler! Aber würden auch unsere Politiker selbst mit ihrem Privatvermögen für die Griechen geradestehen? Jetzt können die Bild-Leser ihre Abgeordneten fragen, ob die für die Griechen bürgen würden. Laden Sie ihn hier herunter, drucken Sie ihn aus und schicken Sie ihn Ihrem Abgeordneten (Vorname, Name, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin) – bevor es zu spät ist.“ (4.5.)

So werden die nationalen Politiker im Namen des steuerzahlenden Volkes am Auftrag blamiert, deutsches Geld nicht leichtfertig zu verschwenden – an ein Ausland, das darauf weder ein Anrecht noch es verdient hat. In diesem Sinne werden die Einschränkungen und finanziellen Opfer, die das deutsche Arbeitsvolk sich gefallen lässt, zum Einspruchs- und Anspruchstitel gegen außen:

„750 Milliarden für Pleite-Nachbarn. Wir sind mal wieder Europas Deppen! Es ist unfassbar! ... Maßvolle Lohnabschlüsse, maßvolle Rentenrunden – und dafür zahlen wir notfalls die Zeche.“ (11.5.)

Im Namen der Existenzsorgen, die das Arbeitsleben auf dem deutschen Standort bestimmen, ruft Bild den Staat, der diesen zum Billiglohnland fortentwickelten Standort verwaltet, dazu auf, gegenüber den Griechen gefälligst Härte zu beweisen, den griechischen Staat und seine Insassen mit einem Haushaltsregime mehr unter Kontrolle zu nehmen, statt ihn zu kreditieren. Auf volkstümliche Weise fordert die Bild-Zeitung, Deutschland solle als Gewinner der innereuropäischen Staatenkonkurrenz die Verlierer der Euro-Konkurrenz zur „Räson“ bringen. Das vermisst das deutsche Massenblatt und greift deswegen die Regierung an – so wie es ein nationalistisch gebildetes Volk versteht: Die Bescheidenheit ihres Volkes verpflichtet sie dazu, sich in Europa ganz anders als Führungsmacht aufzuführen. Deutschland soll sich gefälligst durchsetzen – nicht nur gegen „die Griechen“!

So macht die Bild-Zeitung als Volkes Stimme auf ihre Weise klar, was es mit dem Euro und der nationalen Konkurrenz mit und um ihn auf sich hat. ◀

Diskussionsveranstaltung der Sozialistischen Gruppe

wöchentlich dienstags
20 Uhr, Stadtteilzentrum Desi,
Brückenstraße 23, Nürnberg

Aktuelles Thema: Siehe
www.sozialistichgruppe.de

Sozialistische Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg

c/o Studierendenvertretung
Turnstr. 7, Erlangen

sg@sozialistichgruppe.de
www.sozialistichgruppe.de

E.i.S.; V.i.S.d.P.: E. Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen